Z 9597 B

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum 85. Geburtstag des 1990 verstorbenen früheren Fraktionsvorsitzenden: Herbert Wehner - ein großes Vorbild, das unvergessen bleibt.
Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdEP zum Erfordernis einer verbindlichen Industriepolitik: Verschläft Europa seine technologische Zukunft?
Seite 2

46. Jahrgang / 130 11. Juli 1991

Herbert Wehner - ein großes Vorbild, das unvergessen bleibt

Zum 85. Geburtstag des 1990 verstorbenen früheren Fraktionsvorsitzenden

Von Dr. Hans Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Herbert Wehner, am 11. Juli 1906 als Schuhmacherssohn in Dresden geboren, wäre heute 85 Jahre alt geworden. Er starb im Januar 1990 als Diener seiner Partei und damit zugleich als Diener seines Volkes wie wenige andere seiner Generation. In Erinnerung an diesen großen Sozialdemokraten, Parlamentarier und auf seine Weise bedeutenden Staatsmann, gerät niemand in die Verlegenheit, ein für die Nachwelt irreführendes Bild zu zeichnen, dem alle Kanten fehlen.

Dem Deutschen Bundestag gehörte Herbert Wehner von 1949 bis 1983 über 34 Jahre an, davon 13 Jahre als Fraktionsvorsitzender. Das zentrale Feld seines politischen Wirkens waren das Parlament und seine Fraktion. Hier leistete er seine sprichwörtliche und unvergeßliche Kärrnerarbeit. Antriebskräfte seines Engagements waren seine Freiheitsliebe, seine im christlichen Glauben wurzelnde Nächstenliebe und eine von Verantwortungsbewußtsein, Disziplin und Augenmaß gebändigte Leidenschaft.

Sein Engagement galt zeitlebens einem demokratischen und friedlichen deutschen Gemeinwesen, in dem eine gerechte soziale Ordnung allen die gleiche Chance für sinnvolles Leben und eine volle Teilnahme an den Früchten der gemeinsamen Anstrengungen bieten sollte. Unermüdlich engagierte er sich für Frieden und Abrüstung. Die deutsche Frage bewegte ihn seit seiner Rückkehr aus dem Exil. Unter der Teilung Deutschlands hat er von Anfang an gelitten. An der Einheit der Nation hat er unbeirrt festgehalten und gearbeitet. Daß er den Fall der Mauer, die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands, das Wiedererstehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner alten Heimat nicht mehr bewußt wahrnehmen konnte, gehört zur Tragik seines Lebens. Er hätte die wiedergewonnene Einheit Deutschlands wohl als krönenden Abschluß seines Lebens empfunden.

Sein entscheidender Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte jedoch war, daß er die deutsche Sozialdemokratie mit unerschütterlicher Beharrlichkeit regierungsfähig gemacht hat. Er bewirkte damit ein doppeltes. Zum einen die endgültige Widerlegung des konservativen Vorurteils, die älteste deutsche Partei sei zur Regierung des Staates nicht

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Sozialdemokratischer Pressedienst

fähig und tauge deshalb allenfalls zur Opposition. Zum anderen einen Wechsel der Funktionen zwischen den beiden großen Parteien, mit dem ein elementares Prinzip der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland erstmals vollzogen und die Demokratie selbst gleichsam vollendet worden ist.

Um die Regierungsverantwortung der SPD hat er mit eiserner Energie und mit der ganzen Kraft seines starken Willens gekämpft. Sein Ziel war dabei die Aussöhnung der Arbeitnehmerschaft mit dem Staat. Damit wollte er den Zwiespalt, an dem unser Land so lange gelitten und an dem auch die Weimarer Republik zugrunde gegangen ist, ein für allemal überwinden. Diesem Ziel diente auch seine große Rede vom 30. Juni 1960, mit der er für seine Partei die Westintegration der Bundesrepublik und das Atlantische Bündnis als politische Fakten akzeptierte. Diese Rede war wahrscheinlich eine der wichtigsten, die im Bundestag je gehalten worden ist. Dem gleichen Ziel der Regierungsfähigkeit der SPD diente auch der von ihm betriebene Eintritt in die Große Koalition des Jahres 1966. Er bemühte sich deshalb auch bis zuletzt um den Fortgang der sozial-liberalen Koalition. Die Bitterkeit und die Enttäuschung, mit der er 1982 ihr Ende kommentiert hat, haben hier ihre Wurzeln.

In seinem Lebensweg hat sich die ganze jüngere deutsche Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen widergespiegelt. Herbert Wehner war nicht nur Zeuge dieser Geschichte. Er war stets auch Akteur oder Betroffener, Handelnder oder Leidender - mitunter beides zur gleichen Zeit.

Schließlich hat er, bei all seiner Schärfe und manchem Zornesausbruch, bei seinem oft unerbittlichem Schweigen und seiner mitunter verletzenden Treffsicherheit auch das Parlament vitaler und verständlicher gemacht. Für ihn bedeutete der parlamentarische Disput nicht nur die Verfertigung des Gedankens oft während einer Rede, sondern auch die Beharrlichkeit, nicht nur das Trennende, sondern auch das Verbindende in der parlamentarischen Arbeit offenzulegen. Er war von großer Empfindsamkeit und besaß die Kraft zur Ermutigung in persönlich schwierigen Situationen auch über Parteigrenzen hinweg. "In einer Zeit", so schrieb er einmal aufmunternd, "die vielen Sorgen bereitet, ist mitmenschliche Zuneigung wohltuend".

Ein Satz, der Herbert Wehners Leben und Wirken beschreibt. Als großes Vorbild bleibt er unvergessen.

(-/11. Juli 1991/rs/fr)

****

Verschläft Europa seine technologische Zukunft ?

Zum Erfordernis einer verbindlichen Industriepolitik

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

I.

Verkommt Europa zur technologischen Kolonie, weil wir uns mehr um die Industrie von gestern, als um die von morgen kümmern? Können wir auf Dauer damit leben, daß ein wachsender Teil der Mikroelektronik aus Japan importiert wird, wir also erpressbar werden?

Diese Fragen werden seit vielen Jahren gestellt und sie sind - weil nicht befriedigend beantwortet - leider nicht überflüssig geworden. Europa mangelt es an einer verbindlichen Industriepolitik, die Bedingungen schafft, damit sich die Europäische Industrie hinreichend entfalten

Sozialdemokratischer Pressedienst

kann. Kein Dirigismus ist verlangt, auch kein Aufblähen der Subventionen, doch Vorgaben und Verhaltensweisen, die es der Industrie erlauben, Forschung und Entwicklung mehr als bisher aus eigener Kraft zu finanzieren.

Einem unterkapitalisierten Mikroelektroniksektor können auf Dauer auch Subventionen nicht helfen. Warum schafft es die Chemie oder die Pharmaindustrie, ihre außerordentlich hohen Forschungskosten selbst zu finanzieren, während die Elektronikindustrie nach staatlicher Hilfe rufen muß? Muß deshalb nicht zuerst versucht werden, die Kapitalbasis dieser Unternehmen zu verbessern? Ist es nicht besser, reinvestierte Gewinne von der Steuer zu befreien, als Steuern einzutreiben und nachher wieder mit hohem Verwaltungsaufwand an notleidende Unternehmen zu verteilen?

Und ohne ausreichende Nachfrage - auch von öffentlicher Seite - nützt es wenig, wenn gute Technologie angeboten wird. Der große europäische Markt muß besser von europäischen Unternehmen genutzt werden. Dazu gehören Firmenkooperation, Senkung fixer Kosten durch Arbeitsteilung, aber auch die Haltung, daß bei Gleichwertigkeit einem europäischen Anbieter der Vorzug gegeben wird. Allerdings nur bei Gleichwertigkeit.

Wie interessant der europäische Markt für High-Tech-Dienstleistungen ist, zeigen Abschätzungen des Beratungsunternehmens Andersen Consulting, wonach 1995 Europa mit 64 Milliarden Dollar mit den USA gleichziehen werden, während im pazifischen Raum 58 Milliarden Dollar erwartet werden. Doch bedauerlicherweise sind wohl die japanischen und amerikanischen Unternehmen auf ihrem Heimatmarkt führend, die Europäer hingegen nicht. Die Festigung der Position auf dem Markt der EG ist deshalb eine vorrangige strategische Aufgabe.

Doch nicht nur zuhause, auch auf Drittmärkten mangelt es an Vitalität. Wo, so frage ich mich immer wieder, sind denn die europäischen Firmen, die in Japan oder in Korea ebenso offensiv vorgehen wie die Asiaten in Europa? Hat uns denn der Mut verlassen, wenn wir nach Fernost schauen? Ich schlage vor, daß europäische Firmen zunehmend in Japan forschen und entwickeln, ja daß sie testen sollen, wieweit die Japaner es ernst mit ihrem Bekenntnis zur internationalen Kooperation meinen. Wenn Nippons Firmen mehr und mehr in Europa forschen und an europäischen Forschungsprogrammen beteiligt sein wollen, warum drehen wir nicht den Spieß um und tun das gleiche in Japan? Ohnehin wird die Forschung heutzutage weltweit betrieben, das Wissen ist mobiler als früher. Dann erübrigt sich auch der fruchtlose Streit über die Frage, was denn nun ein europäisches Unternehmen sei?

Zur europäischen Industriepolitik gehört aber auch, daß die Unternehmen hierzulande nicht einfach zuschauen, wenn der Reihe nach Japans Firmen europäische Unternehmen aufkaufen. War die Übernahme von ICL durch Fujitsu wirklich so unausweichlich wie ein Naturgesetz oder hätte es bei einigem Bemühen nicht noch eine andere, europäische Option gegeben? Und was kommt nach ICL? Ist Bull der nächste Übernahmekandiat? Und was geschieht mit den Perlen aus der Krone von Philips? Ich denke, es ist höchste Zeit, daß sich europäische Firmen zusammenfinden, den Ausverkauf der elektronischen Industrie zu verhindern.

In letzter Zeit wird in der britischen Öffentlichkeit die Möglichkeit diskutiert, daß Lord Hanson, ein offenbar reicher Nachkomme seiner privilegierten Kaste, ein Übernahmeangebot gegenüber ICI unterbreiten könnte. Es wäre die bisher größte Operation dieser Art in Europa. Es wäre außerdem das erste Übernahmeangebot seitdem Inkrafttreten der neuen Europäischen Wettbewerbsregeln im September 1990.

Sozialdemokratischer Pressedienst

Würde, was viele annehmen, Lord Hanson ICI in seine Einzelteile zerlegen und höchstbietend wiederverkaufen, könnten nichteuropäische Kapitalanbieter, vor allem Japaner, in Europas Chemieindustrie massiv einsteigen. Deutschen Firmen wäre aber aus kartellrechtlichen Gründen ein Einstieg verboten.

ICI ist vermutlich die Nagelprobe für Europas Industriepolitik. Wollen wir unser Tafelsilber verscherbeln oder wollen wir Europas Industrie zusammenhalten?

II.

Ich wende mich an dieser Stelle ausgesprochen gegen jeden Anflug protektionistischer Politik. Nicht Importquoten oder Ausschluß japanischer Firmen von der Forschungskooperation werden uns auf Dauer helfen, sondern eine offensive Industrie-, um nicht zu sagen, Gesellschaftspolitik. Japans Industriepolitik ist Teil eines Sozialvertrags, warum nicht auch bei uns? Warum eigentlich duldet die EG eine Jugendarbeitslosigkeit in Spanien von 50 Prozent? Warum arbeiten 94 Prozent aller Forscher und Ingenieure Italiens im Norden des Landes, nur sechs Prozent im Mezzogiorno mit fast gleicher Bevölkerung? Warum verringern die Franzosen ihre Forschungsausgaben in diesem Jahr um drei Prozent? Und warum gehen die öffentlichen F&E-Ausgaben in Deutschland nach der Einigung - auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet - zurück? Daß sich das europäische Wirtschaftswachstum verlangsamte, hat doch Gründe. Genauso wie der anhaltende Boom in Japan. 11,2 Prozent, so hoch ist das japanische Wachstum im ersten Drittel dieses Jahres, wenn wir der französischen "Agence de Planification" glauben schenken dürfen. Wir müssen nicht nur die Forschungssubventionen spürbar erhöhen, wir brauchen auch eine Sozial- und Bildungspolitik in Europa, die die latent vorhandenen Fähigkeiten der Menschen fördert und nutzt.

III.

Es ist wenig tröstlich, daß auch die USA Schwierigkeiten im Umgang mit der Wettbewerbsfähigkeit haben. Daß es praktisch keinen amerikanischen Anbieter in den Bereichen Haushaltselektronik und Betriebsautomation mehr gibt, daß der amerikanische Anteil am globalen Werkzeugmaschinenmarkt innerhalb weniger Jahre von 50 Prozent auf zehn Prozent geschrumpft ist, verstärkt nur die Tendenz, daß Europa und die USA im Verhältnis zu Japan bald dem gleichen demütigen Joch unterliegen wie seit langem die Entwicklungsländer gegenüber dem reichen Norden. Schon heute ähnelt der Warenaustausch Japan-USA dem Muster Elektronik gegen Rohstoffe, und wie gleicht doch der Ruf der beiden atlantischen Mächte nach festen Mikrochippreisen, nach Festpreisen für Telefon- und Faxgeräten dem Schrei des Südens nach gerechten Kaffee- und Kupferpreisen! Natürlich müssen wir auf gleiche Wettbewerbsbedingungen, auf Komplementarität und ähnliches dringen, was auch das Europäische Parlament immer wiederholt, doch Klagen über Japans Technoimperialismus und Forderungen nach Quoten werden nicht bringen, was wir vor allem brauchen, nämlich Vitalität und europäisches Selbstvertrauen.

Doch so wichtig die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie für die Zukunft der Arbeitsplätze und unsere politische Handlungsfreiheit ist, so richtig ist auch, daß sich weder unsere Umwelt, noch unser Glück auf den Märkten Südostasiens entscheiden. Wir brauchen nicht nur Absatzmärkte für unsere Produkte und Dienstleistungen, wir brauchen auch - und vor allem - eine Technik, die Risiken für Mensch und Umwelt senkt. Wenn wir der Empfehlung der Klimakonferenz von Toronto aus dem Jahre 1988 folgen wollen, um den Treibhauseffekt zu mindern, muß unser Energiesystem und unser Verhalten nachhaltig geändert werden. Und zwar nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Das Europäische Parlament hat erkannt, daß dazu auch gehört, die Energie zu verteuern. Die ökologischen Kosten sollen sich in den Preisen nieder

Sozialdemokratischer Pressedienst

schlagen. Darüber, so scheint es, zeichnet sich ein grundsätzlicher Konsens ab. Wir brauchen am Ende ein Steuersystem, das Energiesparen und schadstoffarme Energieprozesse belohnt. Umweltbelastung hingegen muß teuer werden. Die Natur, begrenzt wie sie ist, hat als Müllplatz ausgedient.

V.

Sozialdemokraten haben sich in den letzten Jahren - Jahren der Opposition, füge ich hinzu - in besonderem Maße mit der Technik und ihren Folgen beschäftigt. Wir haben immer wieder gedrängt, daß die ökologischen und sozialen Folgen der technischen Neuerungen rechtzeitig untersucht und bewertet werden. Doch dürfen wir selbst dabei nicht vergessen, daß Technologiebewertung keine abschließende - und dabei absolut richtige - Antwort auf die Frage geben kann, ob denn nun wirklich eine Technik verantwortet werden kann oder nicht; TA ist nicht selten so dunkel und zweideutig wie das Orakel von Delphi. Wir müssen deshalb unterscheiden zwischen seherischer Inspiration und intellektueller Vermittlung. TA soll der Vernunft Geltung verschaffen, für das Orakel sind andere zuständig.

Wertung ist keine Messung. Sie ist - weil subjektiv - auch zeitabhängig. Denn jede Zeit hat bekanntlich ihre eigenen Wertmaßstäbe. Und manchmal gibt es von Land zu Land in Europa beträchtliche Unterschiede in der Bewertung etwa humanethischer Fragen. Man denke nur an die Einstellung zur Abtreibung, zur wissenschaftlichen Nutzung von menschlichen Embryonen, zur Euthanasie oder zur Organtransplantation. Wir brauchen deshalb in Europa einen Dialog über die Ethik.

Risiken hingegen lassen sich mit statistischen Methoden recht gut erfassen. Sie zu mindern ist eine klassische Aufgabe der Technik. Doch dazu gehört auch erhebliches Wissen. Der Satz "je weniger ich weiß, desto besser kann ich urteilen", ist erwiesenermaßen falsch.

VI.

Politische Parteien, auch die SPD, haben oft die Tendenz, strittige Themen kurzfristig aufzugreifen, sie mit einer Antwort zu versehen und dann wieder fallenzulassen. Eine langfristige Beschäftigung mit einem Fragenkomplex ist kaum möglich. Doch gibt es auch Gegenbeispiele, die zu der Annahme ermutigen, daß zwischen einer politischen Partei, der Industrie und der Wissenschaft ein Dialog möglich ist. Ich wünsche mir sehr, daß wie im sokratischen Dialog der Frager den Partner stufenweise zur Erkenntnis führte. Doch dialogfähig ist nur, wer sich ständig selbst infrage stellen kann.

Damit unsere Diskussion belebt wird, möchte ich den Anfang machen. Zwei Beispiele mögen genügen:

Das eine betrifft unsere Haltung zur Biotechnologie. Während in Straßburg Eli Lilly seit einiger Zeit Humaninsulin großtechnisch aus genetisch veränderten Mikroorganismen herstellt, hat Hoechst bis heute große Schwierigkeiten, in Deutschland dasselbe zu tun. Jede, selbst die kleinste Veränderung an der Anlage, erfordert einen erschwerlichen Genehmigungsvorgang. Ich habe den Eindruck, daß wir die Grenze zwischen Rationalität und Bürokratie überschritten haben und zielstrebig darauf hinarbeiten, die moderne Biotechnologie aus Deutschland, ja aus Europa zu verdrängen. Wenn die großen Pharmaunternehmen ihre Forschung vermehrt in USA durchführen, ist dies kein gutes Omen für Deutschlands und Europas Industriepolitik.

Die Atomenergie ist das zweite Beispiel. Auch wenn die SPD dazu unter dem Eindruck von Tschernobyl einen klaren Beschluß gefaßt hat, enthebt er uns nicht des Nachdenkens. Wenn in Frankreich pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr sieben Tonnen CO_2 in die Atmosphäre geschickt werden, bei uns in Deutschland oder auch in Dänemark aber 14 Tonnen, so hat dies doch etwas mit der Kernenergie zu tun. Den Franzosen Kohlekraftwerke einzureden, wäre si

cher kein Beitrag zur Bekämpfung des Treibhauseffektes. Andererseits kann ich aber auch nicht so tun, als wäre der Betrieb von Kernanlagen eine ausschließliche Angelegenheit nationaler Souveränität. Europäische, ja globale Risiken verlangen nach europäischen, wenn nicht globalen Sicherheitskontrollen. Der Euratom-Vertrag greift deshalb zu kurz. Seine Revision ist längst überfällig.

Sollte es gelingen, eine neue Generation von Kernkraftwerken zu entwickeln, bei denen wir sicher sein können, daß ein Unfall - der nie ganz ausgeschlossen werden kann - keine Spuren jenseits des Reaktors hinterläßt, daß also die Wirkung von Schäden räumlich begrenzt werden kann, sollte es weiter gelingen, die Halbwertzeit radioaktiver Folgeelemente auf die Lebensdauer einer Menschengeneration zu beschränken, dann ergäbe sich meines Erachtens eine neue Situation. Nehmen wir das Prinzip Verantwortung des Philosophen Hans Jonas zum Kompaß, so wäre meines Erachtens eine solche Technik verantwortbar, weil ihre Folgen auf Zeit und Raum beschränkt blieben.

Die Tatsache, daß wir nahezu 500 Kernanlagen in der Welt haben, daß wir alle, aber auch wirklich alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um den CO_2-Ausstoß weltweit zu verringern, zwingt uns, ob wir wollen oder nicht, diese Option ernsthaft zu prüfen. Wird sie aber verworfen oder durch einen Unfall Typ Tschernobyl II unglaubwürdig gemacht, so hat auch diese Entscheidung Folgen. Sie zu tragen, müssen wir dann bereit sein. Bekenntnisse können keine Industriepolitik ersetzen.

Ob Galileo Galilei Recht hat, wenn er behauptet, es führe kein anderer Weg zur Wahrheit als der der Wissenschaft, mag angesichts der Drohung, in die die Verheißung moderner Technik umschlug, manchmal bezweifelt werden. Wissen und menschliche Macht waren zu Zeiten des großen Italieners noch zu beschränkt, als daß er seinen Satz hätte relativieren müssen. Weder mußte er die entfernte Zukunft noch den Erdkreis in seine Kausalität einbeziehen. Doch heute müssen wir den Menschen und seine Welt gegen die Übergriffe seiner eigenen Macht, seiner zweideutigen Freiheit bewahren. Weder Nero noch Dschingis Khan, weder Stalin noch Hitler hatten die Macht, die heute die Präsidenten der atomaren Staaten besitzen: die Welt in wenigen Minuten in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Unsere Technik macht die Welt verletzlich bis hin zur Zerstörung.

War die Geschichte der Technik in den letzten hundert Jahren durch eine ausgreifende Verwissenschaftlichung geprägt, so muß sie jetzt verstärkt auf ihren Zweck und ihre Wirkung geprüft werden. Technik ist heute endgültig Teil eines sozialen Prozesses.

(Diesem Artikel liegt ein Vortrag zugrunde, den der Autor auf dem Kongreß "Zukunft Europa", veranstaltet von der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, am 5. Juli in Erlangen gehalten hat).

(-/11. Juli 1991/rs/fr)

****